

Dies & Das

In sechs Monaten begrüßen wir das Jahr 2021. Es wird sich zeigen, ob wir dies mit Freude oder Pessimismus tun. 2020 war, ist und wird bis zuletzt anstrengend sein. 2021 finden für den Bund und Berlin Wahlen statt. Der **Wahlkampf** wird, in welcher Situation wir uns befinden, diese noch erschweren.

Zeit für Erneuerung

Es heißt Neuwahl. Und in der ersten Silbe steckt der Auftrag. Sonst hieße es ja Wiederwahl. Demokratie lebt vom Wechsel. Deshalb kann Russland kaum noch als Demokratie bezeichnet werden, wenn sich der dortige Präsident seine Macht bis in die 30er Jahre sichern will. Auch bei uns wollen viele so lange es geht, dabeibleiben. (*Hinkender Vergleich!*)



„Ich kandidiere“, sagte am Montag **Renate Künast** von den Grünen dem Tagesspiegel. Künast gehört dem Bundestag seit 2002 an, war von 2001 bis 2005 Landwirtschaftsministerin und danach bis 2013 Fraktionsvorsitzende. Bis 2017 führte sie die Bundestagsliste der Berliner Grünen an, begnügte sich 2017 mit Platz drei, um einer „**Erneuerung an der Spitze**“ nicht im Wege zu stehen. *Foto: Grüne Bundestag/Kaminski*

Vor ihrer Bundestagskarriere gehörte Künast von 1985 bis 1999 dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Allerdings mit einer Unterbrechung von zwei Jahren, 1987 bis 1989. Damals gab es nämlich noch das Rotationsprinzip bei den Grünen, das sehr schnell wieder abgeschafft wurde, als die ersten Parlamentarier Spaß an ihrer Tätigkeit gefunden hatten und diesen Spaß länger auskosten wollten.

30 Jahre gehörte Künast den beiden Parlamenten an. Reicht das nicht? Warum fragt man sich, will sie mit dann 65 Jahren einer Verjüngung der Fraktion weiterhin im Wege stehen? Es ist Zeit für die Rente, womit wir beim nächsten Thema sind.

Rentenerhöhung, aber nicht für alle

Es ist vielleicht auf absehbare Zeit das letzte Mal, dass sich die Rentner über eine Erhöhung freuen können. 2010 und 2011 gab es schon mal Nullrunden. Zwischen 2015 und 2020 hat sich aber die Rente um 20 Prozent erhöht. Die Teuerungsraten waren bei weitem nicht so hoch. Kein Rentner sollte jammern, wenn es im nächsten Jahr mal nicht die

durchschnittlich 3,5 Prozent Zuschlag gibt. Über Erhöhungen können sich ohnehin nicht alle Rentner freuen. Für die Bezieher der Grundsicherung ist jede Steigerung ein Nullsummenspiel. Die Erhöhung der Rente wird von der Grundsicherung abgezogen. Noch bevor der neue Rentenbescheid im Briefkasten liegt, ist das Schreiben vom Sozialamt schon da. Die Grundsicherung wird heute zum 1. Juli gezahlt, und zwar gleich unter Abzug des Rentenerhöhungsbetrages, während die Rentenzahlung erst am 31. Juli erfolgt. Warum lässt man diesen Rentner nicht einfach auch die Erhöhung zugutekommen? Wer arm dran ist, bekommt es bei uns immer wieder zu spüren.

Beispiel Berlin-Pass. Mit diesem bekommt man u.a. das ermäßigte, sogenannte Berlin-Ticket S. Abgelaufene Berlin-Pässe werden derzeit nicht verlängert, obwohl der Vorgang nur zwei Minuten dauern würde. Abgelaufene Pässe behalten vorerst bis zum 31. August ihre Gültigkeit. „*Das Personal der Berliner Verkehrsbetriebe wurde über das abweichende Verfahren informiert.*“ Das wird sich zeigen, wenn jemand mit dem Pass und Ticket in eine Kontrolle gerät. Nicht informiert wurden aber offenbar die Verkaufsstellen, die sich in Zeitungskiosken befinden. Uns wurde von einem Leser berichtet, dass er nur durch gut zureden sein Sozial-Ticket trotz abgelaufenem Berlin-Pass erhielt. Normalerweise wird die Passnummer in das Ticket eingedruckt. In seinem Fall aber nur handschriftlich eingetragen, was offenbar Kontrolleure darauf aufmerksam machen soll, dass irgendetwas nicht stimmt. Ja, richtig. Der Pass ist abgelaufen und die Bürgerämter sind nicht willens, diese zu verlängern. **Wir bezeichnen das als Arbeitsverweigerung.** Zum Glück wird den Beziehern der Grundsicherung nicht ein Durchschnittswert der heute in Kraft getretenen Mehrwertsteuersenkung abgezogen, womit wir beim nächsten Thema sind.

Mehrwertsteuersenkung

Als ordentlicher Mensch führt man ein Haushaltsbuch. Die monatlichen Ausgaben für Lebensmittel und Hygieneartikel sind in etwa gleich hoch. Am Jahresende wird der Vergleich des ersten zum zweiten Halbjahres zeigen, ob sich die drei bzw. zwei Prozent bemerkbar gemacht haben. Der Aufwand, den der Handel und die Gastronomie zu bewältigen haben, geht in die Millionen. Ob wir mit diesem „Wumms“ aus der Krise kommen, wie es Finanzminister **Olaf Scholz** (SPD) verspricht, wird sich zeigen.

Schon jetzt wird spekuliert, ob diese Senkung über den 31. Dezember 2020 hinaus verlängert werden wird. Schließlich ist Wahljahr. Bislang haben sich keine Geldgeschenke, um die sich der SPD-Finanzminister verdient gemacht hat, in den Umfragen widergespiegelt. Auch die nun eingetütete Grundrente

wird an den mageren Prognosen für die SPD nichts ändern. Die SPD dümpelt seit Monaten zwischen 14 und 16 Prozent umher, rund fünf Punkte weniger als 2017, während CDU/CSU fast 40 Prozent erreichen und damit fast sieben Punkte mehr als bei der Bundestagswahl 2017. Die von der SPD auf den Weg gebrachten Projekte werden offenbar immer der Union gutgeschrieben. Es ist zu befürchten, dass sich dieses Muster auch bei der Erhöhung des Mindestlohns zeigen wird. Beim Thema Projekte müssen wir leider nochmal auf den sogenannten „Kinder-Bonus“ kommen.

Ausgemachte Volksverarschung

Wir haben also bisher gelernt, dass diejenigen, die wenig haben, auch weiterhin wenig bekommen. Die größte Volksverarschung im sogenannten Konjunkturpaket ist der Kinderbonus. Jedes Kind, für das die Eltern Kindergeld beziehen, bekommt im September 200 und im Oktober 100 Euro. Auch noch später in diesem Jahr geborene Kinder profitieren von dem Bonus. Zu begrüßen ist, dass der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende von 1.900 auf 4.000 Euro steigt. Dennoch sollte jeder nach dem Erhalt der 300 Euro seine Gehaltsabrechnung gründlich überprüfen, um festzustellen, was von den Schwarz-Roten Segnungen übriggeblieben ist, weil der Zuschuss bei der Einkommenssteuererklärung mit den Kinderfreibeträgen verrechnet wird. Zumindest auf die Grundsicherung wird er nicht angerechnet. Geringverdiener profitieren demnach also stärker als Gutverdiener. Am Ende hilft ein Blick auf den Steuerbescheid, was übriggeblieben ist. Vorsichtige Menschen warten vielleicht so lange, was der Konjunktur in diesem Jahr nicht helfen würde.

Natürlich wäre es sehr kompliziert, wenn dieser Bonus nur an Familien unter einer bestimmten Einkommenshöchstgrenze ausgezahlt werden würde. Dass alle Familien den Zuschuss bekommen, ist steuerlich für den Staat die einfachste Lösung. 4,3 Milliarden Euro sollen dafür aufgewendet werden. Wieviel von diesem Betrag über die Steuer zurückerwartet wird, weiß natürlich keiner. Es dürfte jedoch eine größere Summe sein.

Und so hält die Bundesfamilienministerin **Dr. Franziska Giffey** (SPD) den Kinderbonus für „sozial gerecht.“ „Gutverdiener würden nicht übervorteilt. Gestärkt würden Familien mit kleinen und mittleren Einkommen.“ Wenn man 4,3 Milliarden in die Wirtschaft pumpen will, soll man es auch tun und allen das Geld steuerfrei überweisen. Fest steht, dass nur die wenigsten die 300 Euro komplett ausgeben können. Dass das Kinderhilfswerk und der Kinderschutzbund die Sonderzahlung begrüßen, ist nicht nachvollziehbar. Ebenso nicht die Euphorie des DGB, der den

Bonus als „starkes Signal an die in der Krise betroffenen Familien“ wahrnimmt. Dass sich der Handelsverband freut, ist nachvollziehbar, auch wenn nur ein Teil des Geldes dort ankommen wird. Die Grünen bezeichnen die Bonuszahlung als „Trostpflaster“. Für die FDP handelt es sich bei dem Programm um eine „milliardenschweren Beruhigungsspielle.“ Die FDP fordert stattdessen „mehr Investitionen in Bildung und Kitas.“ Das ist der einzig vernünftige Gedanken bei diesem Projekt. Warum stellt man nicht für jedes Kind in einer Kita ein Paket aus Büchern und Spielsachen zusammen, die es mit nach Hause nehmen kann? Es gäbe noch weitere Vorschläge, wie definitiv dafür gesorgt werden könnte, dass das Geld bei der Zielgruppe ankommt. Das Vertrauen ist, ehrlich gesagt, nicht so groß, dass alle Eltern den Restbetrag der Zuwendung an ihre Kinder weitergeben. Apropos Vertrauen!

Quellen: PR digital – Focus Money Online

Unverantwortlich oder Tatsachenbehauptung?



„Nach Ansicht des Mikrobiologen **Johannes Knobloch** ist eine Infektion mit dem Coronavirus in Hamburg kaum wahrscheinlicher als ein Lottogewinn. Die Gefahr, auf eine ansteckende Person zu treffen, liege derzeit »statistisch im Bereich des Lottos mit vier richtigen Zahlen und Zusatzzahl«, sagte der Leiter der Krankenhaus-

hygiene im Universitäts-Klinikum Eppendorf (UKE) der Deutschen Presse-Agentur. (Quelle: Zeit.Online)

Die Wahrscheinlichkeit beträgt also 1 zu 10.324. Ist so eine Aussage unverantwortlich, weil sie eine Sicherheit vorgaukelt, die es gar nicht gibt, oder kann man ihr vertrauen? Haben größere Demonstrationen oder die Bootsfahrten in Kreuzberg oder der bunte Abend im Borcherts eine neue Infektionswelle ausgelöst? Dennoch hält es Professor Knobloch für sinnvoll, Großveranstaltungen nicht zu erlauben. Dort könne ein einzelner Infizierter als »Superspreader« in kurzer Zeit so viele weitere Menschen anstecken, dass eine neue Infektionswelle drohe. Kann sein, muss nicht sein. Immer mehr Menschen sind bereit, ein gewisses Risiko auf sich zu nehmen, weil sie von den Beschränkungen genug haben. Die Frage muss immer wieder erlaubt sein, was schwerer wiegt, der enorme volkswirtschaftliche Schaden, der bereist eingetreten ist, oder die Gefahr, dass durch eine Infektion im wesentlichen vorerkrankte Menschen sterben? Wer will das entscheiden und die Verantwortung übernehmen? Entscheiden führt uns zum nächsten Thema.

Erbärmlicher Zustand

Die Friedrichstraße kommt nicht aus dem Knick. Ob es dem ohnehin angeschlagenen Einzelhandel hilft, wenn hier eine Fußgängermeile entsteht, muss abgewartet werden. Nun kann man beim besten Willen die Friedrichstraße nicht mit dem New Yorker Times Square vergleichen, aber an diesem einst verkehrsreichsten Knotenpunkt Manhattans funktioniert es seit 2009 gut, als der gesamte Bereich zwischen 42ster und 47ster Straße zum Fußgängerzone wurde.



Dass niemand mehr die Mauer sehen wollte, als sie 1989 fiel, war verständlich. Den Verlauf dieses traurigen Bauwerks mit in die Straßen eingefügten Steinen nachzuzeichnen, war eine gute Idee. Um aber nachfolgenden Generationen auch diesen Teil der deutschen Geschichte in Erinnerung zu rufen, hätte es mehr bedurft als die Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße.

Natürlich ist der Checkpoint Charlie ein Filetgrundstück in Berlins Mitte, vor allem interessant für Spekulanten. Was sich seit Jahren dort abspielt, ist unwürdig und erbärmlich. Der Senat bekommt es nicht in den Griff.



Anstatt über alle möglichen Bebauungen nachzudenken, hätte hier eine zentrale Gedenkstätte entstehen müssen. Was für ein Blödsinn, die Grenzbaracke 1990 nach Zehlendorf zu verbringen und durch eine Miniaturausgabe zu ersetzen. Die Baracke hätte genau hier stehenbleiben müssen, als Ort der Erinnerung, ohne alberne Schauspieler in den Uniformen der Alliierten. 2005 gab es hier ein Projekt der um-

triebigen Betreiberin des Mauermuseums, **Alexandra Hildebrandt**. Auf dem Freigelände, wo heute Berliner Currywurst den Touristen angeboten wird, standen damals Kreuze zur Erinnerung an die Maueropfer.



Am 15. Juli 2005 um 5 Uhr kamen Demonstranten zur Friedrichstraße, darunter viele von der CDU, die sich für den Erhalt dieses Mahnmals einsetzten. Dennoch wurde es ab 6:30 Uhr bei strömenden Regen abtransportiert, weil es keine Einigung zwischen Senat und dem damaligen Grundstückseigentümer gab. Woran erinnert uns das heute. Als übrigens damals der Regen einsetzte, waren die Funktionäre der CDU schnell wieder weg. Nass werden wollte keiner. Bis heute ist der Checkpoint Charlie mehr Schandfleck als Hingucker. Apropos Hingucker.



Der einzigen Metzger, den Menschen und Tiere lieben, bietet vegane „Beflügel Nuggets“ an. Beflügelter kann man sich kaum für das Tierwohl einsetzen.

Was noch? Heute auf den Tag genau vor 50 Jahren habe ich beim Jugendamt Tempelhof meinen Festanstellungsvertrag unterschrieben, der heute vor sechs Jahren durch Erreichen der Altersgrenze automatisch aufgelöst wurde. Eigentlich wollte ich aus diesem Anlass einen größeren Beitrag zum Verhältnis Jugendämter und freie Träger schreiben, wozu ich aber keine Lust mehr habe, nachdem mir ein Leser den folgenden Satz zusandte: **„In der Regel kommen die freien Träger in unserer staatssozialistisch besoffenen Stadt nicht mehr vor.“**

Ed Koch
(auch Fotos)